

Zwischen Tradition und Innovation
Zur Geschichte der Erziehung und Bildung in Schaumburg
6. Kolloquium der Historischen Arbeitsgemeinschaft für Schaumburg
in Verbindung mit dem Staatsarchiv Bückeberg
Bückeberg, 2. bis 3. Dezember 2005

Die Tagung befasste sich in 16 Referaten mit unterschiedlichen Aspekten der Geschichte von Erziehung und Bildung in der niedersächsischen Region Schaumburg. Der Tagungsleiter *Hubert Höing* (Bückeberg) begrüßte die Teilnehmer und erläuterte das Programm. Als erster Referent sprach *Gerhard Menk* (Marburg) über „Die Universität Rinteln in der deutschen Bildungslandschaft der Frühen Neuzeit. Stellung und Rang“. Die Rintelner Universität entstand 1621 vor dem Hintergrund von Territorialisierung und Konfessionalisierung, die auch die Bildungslandschaft im Reich prägten. Fürst Ernst zu Holstein-Schaumburg (reg. 1601-1622) herrschte zwar nur über ein kleineres, dazu noch geteiltes Territorium an Elbe und Weser, verfügte aber aufgrund der Einnahmen aus den Altonaer Weserzöllen über immense Mittel, die ihm die reichliche Ausstattung einer Universität ermöglichten. Wie der Gründer so war auch die Rintelner Universität konfessionell nicht eindeutig ausgerichtet. Ernst stand mit seiner vermittelnden Position im Gegensatz zu seinem Schwager Landgraf Moritz von Hessen-Kassel mitsamt seiner calvinistischen Universität Marburg wie auch zu Landgraf Ludwig von Hessen-Darmstadt mitsamt seiner lutherischen Universität Gießen. Mit Ernst starb 1622 auch sein Konzept, den Rest besorgte der Krieg. 1648 fiel der südliche Teil Schaumburgs einschließlich Rinteln an Hessen Kassel. Rinteln wurde neben Marburg zur zweiten, zur lutherischen Universität dieses Territoriums.

Ernst war das siebte Kind von Graf Otto IV. zu Holstein-Schaumburg (1517-1576), der in erster Ehe mit Maria, Tochter Barnims IX., Herzogs von Pommern-Stettin, verheiratet war. Sie starb 1554 und hinterließ vier Söhne. Am Beispiel des Sohnes Adolf XIV. (reg. 1582-1601) erläuterte *Gudrun Husmeier* (Osnabrück) die „Regentenerziehung im konfessionellen Zeitalter“. Adolf wurde nach dem Tod seiner Mutter zunächst den herzoglichen Großeltern am Stettiner Hof anvertraut, wo er das geistige Klima eines protestantisch-lutherischen Hofes kennen lernte. Sein Vater war Otto IV., der 1558 Elisabeth Ursula, eine Tochter Ernsts, Herzogs zu Braunschweig und Lüneburg, heiratete. Er sandte wenige Monate, nachdem er 1559 die Reformation in Schaumburg eingeführt hatte, seinen Sohn zum Studium nach Wittenberg. Nach zwei Jahren, in denen Adolf auch persönlichen Kontakt zu Melanchthon pflegte, schickte ihn Otto IV. in die Obhut seines altgläubigen Bruders, des Dompropstes Wilhelm in Hildesheim. Eine eindeutige konfessionelle Prägung ließ Adolf auch später nie erkennen.

Viele Erziehungsgrundsätze, die unter Otto IV. galten, waren auch anderthalb Jahrhunderte später unter dem Reichsgrafen Friedrich Christian zu Schaumburg-Lippe (1681-1728) noch gültig. Das zeigte sich beim Vortrag von *Martin Fimpel* (Wolfenbüttel) über „Erziehung zum Landesherrn – Erbgraf Albrecht Wolfgang zu Schaumburg-Lippe (1699-1748). Hohe Geburt allein reichte für die Regierung nicht aus – so eine seiner Thesen. Wollte man das System der Vererbbarkeit von Landesherrschaft aufrechterhalten, musste man den Nachwuchs intensiv auf seine Rolle als Landesherr vorbereiten. Über die Qualität eines Landesherrn wachten nämlich die Landstände. So erhielt auch Erbgraf Albrecht Wolfgang Anfang des 18. Jahrhunderts trotz der zerrütteten Ehe seiner Eltern eine gezielte, intensive Schulung. Nach der Flucht seiner Mutter Johanna Sophie, einer Tochter Friedrich Heinrichs, Grafen zu Hohenlohe-Langenburg, blieb er in ihrer Obhut und gelangte mit ihr an den kurfürstlichen Hof in Hannover. Der Vater, den der Erbgraf nie wieder sah, erreichte immerhin, dass seine Söhne in die Ritterakademie in Wolfenbüttel aufgenommen wurden, gegen welche die Mutter eine Abneigung hegte, weil sie um das reformierte Bekenntnis ihrer Kinder fürchtete. Erhellend sind die Hofmeisterinstruktionen des Vaters, wonach Frömmigkeit und Gottesfurcht ein Schwerpunkt der Erziehung sein sollten. Dazu kamen die ritterlichen Übungen und andere Tugenden, die auch in Fürstenspiegeln zu finden sind. Neben Theologie und Justiz stand z.B. auch Verfassungsrecht auf dem Lehrprogramm. Nicht lange dauerte der Aufenthalt in Wolfenbüttel, da flohen die Söhne und gelangten über Utrecht nach London, wo inzwischen ihre Mutter als Hofdame weilte, nachdem Kurfürst Georg Ludwig von Hannover 1714 als König Georg I. den britischen Thron bestiegen hatte. Albrecht Wolfgangs Beispiel zeigt, welche Summen frühneuzeitliche Landesherrn in eine gute Regentenerziehung zu investieren bereit waren, um ihren Kindern eine Art Führungsethik zu vermitteln nach der Idee eines „Mannes von Welt“.

Humanistische Gedanken verbreiteten sich in Schaumburg erst im Zuge der Reformation, stellte *Helge Bei der Wieden* (Bückeberg) in seinem Vortrag über „Humanistische Bildung im 16. und 17. Jahrhundert“ fest. Von humanistischer Bildung könne man im ländlich geprägten Schaumburg erst sprechen, als sie auch am Hof des Landesherrn Eingang fand. So erhielten die vier Söhne Jobsts I. (1483-1531) allesamt noch eine Ausbildung an der Universität Löwen, um so die Voraussetzung für den Empfang höherer Pfründen zu schaffen. Demgegenüber schickte sein Sohn Otto IV. (reg. 1544-1576), der 1559 bzw. 1561 die Reformation in seinen Landen einführte,

zwei Söhne an katholische Universitäten und zwei Söhne an junge, humanistisch geprägte lutherische Universitäten. Vorbedingung für das Studium war selbstverständlich die Kenntnis des Lateinischen. Neu war, dass Otto IV. ausdrücklich wünschte, dass seine Söhne Hermann und Anton das Französische lernten. Eine langfristige Tendenzwende findet hierin ihren Ausdruck. Otto IV. war es auch, der nach der Einführung der Reformation die Gründung von Lateinschulen förderte. Eine spürbare Hebung des Bildungsniveaus innerhalb der Geistlichkeit des Landes von 1577 bis zu Beginn des 17. Jahrhunderts ist belegt. Ottos Sohn Ernst förderte wie kein anderer vor ihm Künste und Bildung. In Stadthagen gründete er 1610 ein akademisches Gymnasium, das 1621 zur Universität erhoben und nach Rinteln verlegt wurde. Er holte hervorragende Beamte ins Land, so den Hofrat Melchior Goldast von Haiminsfeld und den Kanzler Eberhard von Weyhe, die beide eine ansehnliche Bibliothek besaßen. Mit 13-14.000 Bänden überragte jedoch die Bibliothek des Ludolf von Münchhausen auf Oldendorf alle anderen; sie diente den Rintelner Studenten und Professoren eine Zeitlang als „Universitätsbibliothek“. Anderes wie die neulateinische Dichtung und die Geschichtsschreibung versprach der Referent in seinem Beitrag zum vorgesehenen Sammelband zu behandeln.

Humanitätsgedanken und Aufklärung – so *Roswitha Sommer* (Bückerburg) in ihrem Vortrag über „Johann Gottfried Herder und die Pädagogik“ – waren dem jungen Herder durch seinen Lehrer Immanuel Kant vermittelt worden. Er hatte praktische Erfahrungen als Lehrer an der Domschule in Riga gewonnen, als er 1771 dem Ruf des Grafen Wilhelm zu Schaumburg-Lippe nach Bückerburg folgte. Als Oberprediger und Konsistorialrat wurde er dort auch für die Beaufsichtigung des Schulwesens zuständig. Er setzte die Einhaltung der Schulordnung von 1766 durch, die seinen Anschauungen weitgehend entsprach. Er kritisierte die Dominanz der lateinischen Sprache und entwickelte für die Bückerburger Schule ein Schulprogramm, das die beiden unteren Klassen als Realschule für das bürgerliche Leben und die obere Klasse als Gymnasium vorsah. Er erweiterte den zu vermittelnden Stoff, nahm eine genaue Stundenverteilung vor, änderte die Prüfung der Lehramtskandidaten und bestimmte die Auswahl von Schulbüchern. Seine Verbesserungsvorschläge entfalteten erst nach seinem Fortgang nach Weimar 1776 und nach Wilhelms Tod 1777 ihre volle Wirkung.

Mit dem Schulwesen auf dem Land sah es weniger gut aus als mit dem höheren Schulwesen aus – wie *Stefan Brüdermann* (Bückerburg) in seinem Vortrag über „Ländliche Elementarschulen in Schaumburg vor 1800“ feststellte. Eine nachhaltige Förderung erfährt es aber erst unter dem Fürsten Ernst (reg. 1601-1622). Nach den ersten vollständigen Übersichten gab es in Schaumburg-Lippe 1750 33 ländliche Elementarschulen. Die örtlichen Verhältnisse des ländlichen Schulwesens konnten durchaus unterschiedlich sein. Schulpflicht gab es spätestens seit den Verordnungen von 1653 bzw. 1657. Ein sechsjähriger Schulbesuch wurde 1713 als Voraussetzung zur Konfirmation vorgeschrieben. Die praktische Durchsetzung ist zweifelhaft, insbesondere im Sommer, wenn die Kinder als Helfer in der Landwirtschaft unentbehrlich waren. Unterrichtsziel war lange Zeit die religiöse Bildung, Unterrichtsmittel daher einzig der Katechismus. In der Schulordnung von 1733, erst recht in der Schulordnung von 1777 erfährt das Bildungsziel eine weltliche Erweiterung. Ein schaumburg-lippisches Schulbücher-Inventar von 1795 enthält schon 22 verschiedene Titel; auf einer „Sorgenliste“ der Lehrer erscheinen u. a. Vergrößerungsglas, Magnet und Globus. Trotz des spürbaren Fortschritts bleiben Zweifel, ob – wie in der Forschung behauptet wird – in Schaumburg-Lippe am Ende des 18. Jahrhunderts die Mehrheit der Bauern nicht nur lesen, sondern auch schreiben konnte. Den Zweifel fasste der Referent in einer rhetorischen Frage: „Die Bauern sollten die Bibel und die landesherrlichen Verordnungen lesen können, aber wer sollte sich wünschen, dass sie selbst Eingaben verfassten?“

„Jüdisches Schulwesen in der hessischen Grafschaft Schaumburg im 19. Jahrhundert“, worüber *Silke Wagener-Fimpel* (Wolfenbüttel) referierte, unterlag – anders als im benachbarten Schaumburg-Lippe, wo man die Regelung den jüdischen Gemeinden überließ – im Kurfürstentum Hessen-Kassel schon früh einer staatlichen Reglementierung. Seit 1816 bestand eine Schulpflicht für die jüdischen Kinder, die – mit Ausnahme des Religionsunterrichts – die christlichen Schulen besuchen mussten. Seit 1823 stand den jüdischen Gemeinden das Recht zur Gründung eigener Schulen zu. Diese Möglichkeit wurde in der Provinz Niederhessen, zu der auch die hessische Grafschaft Schaumburg gehörte, genutzt. Praktisch konnte das jüdische Schulwesen sehr unterschiedlich aussehen und hing nicht zuletzt von der Zahl und der Finanzkraft der Eltern ab, die den Lehrer zu bezahlen hatten; staatliche Zuschüsse gab es nicht. Am größten war die Schule in Rodenberg, die am Ende des Jahrhunderts von Obernkirchen überholt wurde. An dritter Stelle stand Rinteln, während die kleinsten in Sachsenhagen und Oldendorf ansässig waren. 1836 betrug die Gesamtzahl der jüdischen Schüler in der Grafschaft Schaumburg 49. Auch aus Schaumburg-Lippe kamen einige Kinder. Großen Raum nahm neben dem Religionsunterricht der Unterricht in der hebräischen Sprache ein. Auf Fertigkeiten im kaufmännischen Bereich wurde besonderer Wert gelegt. Die Lehrer, die seit 1810 im jüdischen Lehrerseminar in Kassel ausgebildet wurden, hatten auch das Amt des Vorsängers und des Schächters inne. Mit dem christlichen Kollegen verband den jüdischen Lehrer das geringe Ansehen des Berufs. Wegen geringer Schülerzahlen wurde 1875 als erste die jüdische Schule in Rinteln, als letzte 1924 die Schule in Obernkirchen geschlossen.

Um das Landschulwesen in seiner Grafschaft zu heben, wurde das schaumburg-lippische Lehrerseminar – wie *Claudia Bei der Wieden* (Hannover) zum Thema „Das Bückeburger Lehrerseminar vom 18. bis 20. Jahrhundert“ ausführte – 1783 von Graf Philipp Ernst (1723-1787) gegründet. Seine Witwe, die Fürstin Juliane, gab dem Seminar 1792 eine neue Schulordnung. Es war eng mit dem Gymnasium verbunden, wo die Seminaristen in den unteren und mittleren Klassen ihren allgemeinbildenden Unterricht genossen; am angeschlossenen Seminar erhielten sie ihren Fachunterricht. Nach Julianes Tod im Jahr 1799 geriet das Seminar in eine Krise, die bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts dauerte. Die verbleibenden Probleme wurden weitgehend durch das Volksschulgesetz von 1875 gelöst. An die Stelle des geistlichen Konsistoriums trat ein weltlicher Landesschulinspektor, der gleichzeitig als Seminardirektor fungierte. 1881 wurde die allgemeine von der fachlichen Bildung getrennt, 1907 die Fachausbildung um ein Jahr auf zwei Jahre verlängert. Bis das Seminar 1926 geschlossen wurde, hatten 430 Lehrkräfte hier ihre Ausbildung erhalten.

Vier Vorträge beschäftigten sich mit Fragen der Mädchen- und Frauenbildung in Schaumburg. Zunächst referierte *Ortrud Wörner-Heil* (Kassel) über „Frauenbildung auf dem Land. Die Bedeutung adeliger Frauen für die Frauenbildung, dargestellt am Beispiel der Landfrauenschule in Obernkirchen (1901-1970)“. Zwei Thesen gliederten diesen Vortrag: 1. Die Schule in Obernkirchen, eine der wirtschaftlichen Frauenschulen des Reifensteiner Verbandes, war ein Motor bei der Ausformung eines modernen neuzeitlichen Berufskonzeptes für die weibliche Jugend. Dieser Schultyp brachte den Frauen aus gehobenen Schichten eine beträchtliche Erweiterung ihrer beruflichen Möglichkeiten. Die tradierte Sozialisation der Mädchen in der Familie wurde abgelöst; an ihre Stelle trat eine institutionalisierte schulische Ausbildung. Die Attraktivität der ländlichen Hauswirtschaft wurde gehoben durch Hinweise auf die volkswirtschaftliche und volksfürsorgerische Wichtigkeit. 2. Die Landfrauenschule Obernkirchen nahm im Rahmen des Reifensteiner Schulverbandes zwar eine Sonderstellung ein. Sie war jedoch keine Adelschule, sondern eine Bildungs- und Begegnungsstätte für Frauen aus adelig-bürgerlichen Eliten. Die Schule war eine innovative Schrittmacherin für soziale Veränderungen. Wie die Leitung des Verbandes war auch die Leitung der Obernkirchener Schule aus Frauen adeliger wie auch bürgerlicher Herkunft zusammengesetzt. Während des 70jährigen Bestehens der Schule waren von fünf Leiterinnen drei bürgerlicher Herkunft; Agnes Frein von Dincklage leitete die Schule jedoch allein 31 Jahre lang. Der Adelsanteil bei den Schülerinnen lag bei 25 %. Das zeigt die Attraktivität der Schule für den Adel. Das im Schulkonzept vertretene Prinzip der Leistungsgesellschaft stand durchaus im Gegensatz zu herkömmlichen adeligen Anschauungen. Im Übrigen entsprachen die erzieherischen Prinzipien aber dem Tugendkanon von gehobenem Bürgertum und Adel.

Über „Frauenbildung auf dem Land: Bildungsideen der Landwirtschaftlichen Hausfrauenvereine (LHV) in Schaumburg“ sprach sodann *Anke Sawahn* (Hannover). Bei der Vereinsgründung 1898 wollte Elisabeth Boehm den Landfrauen ein wirtschaftspolitisches, ein machtpolitisches und ein frauenpolitisches Forum schaffen. Dazu bedurfte es einer Ausbildung und Weiterbildung, die den Landfrauen kaum zugebilligt wurden. Nach dem Besuch der Dorfschule erwarben die Frauen auf dem Lande ihre Berufskennntnisse im mütterlichen Haushalt und durch tägliches Helfen auf dem Hof. Eine weitere Qualifizierung der jungen Frauen war nach herrschender Meinung nicht nötig. Hier setzte der LHV an. In den Versammlungen ging es regelmäßig neben praktischer Wissensvermittlung auch um Allgemeinwissen und Politik. Die Quellenlage zur Geschichte der LHV in Schaumburg ist schlecht. Zwar gab es im Kreis Grafschaft Schaumburg offenbar keinen Landfrauenverein. Für das Land Schaumburg-Lippe ist aber 1917 ein LHV in Stadthagen nachzuweisen, der 1932 „Stadthagen-Bückeberg“ heißt und 1934 in die Landesbauernschaft Hannover eingegliedert wurde. Schon im Ersten Weltkrieg gab es in Schaumburg einen von Bückeburger Hausfrauen selbst organisierten Laden. Der LHV Stadthagen bot 1927 bzw. 1931 den Geschäften in Hannover geprüfte, frischegarantierte Eier und wohl verpacktes Obst zum Verkauf an. Ab 1946 wurden in ganz Schaumburg die LHV neu gegründet.

Auch Haushaltungsschulen trugen zur beruflichen Qualifikation bei. Sie war in Bückeberg ab 1934 zusammen mit der sog. „Reichswebschule“ im niederdeutschen Hallenhaus des Jetenburger Meyerhofs untergebracht. Am Beispiel dieser „bäuerlichen Webschule“, später „Lehranstalt für bäuerlichen Hausfleiß“ erläuterte *Mareike Berweger* (Göttingen) diesbezüglich die nationalsozialistischen Bildungsziele. In den Lehrgängen wurden nicht nur textile Handwerkstechniken, sondern auch die nationalsozialistische Ideologie von „Autarkie“, „Nahrungsfreiheit“ und „Erneuerung der deutschen Kultur“ vermittelt. Die Schule war auch Sitz der „Genossenschaft Bäuerlicher Hausfleiß“; von dort wurden Garne und Webgeräte reichsweit an Mitglieder vertrieben, die in lokalen „Webstuben“ unter der Leitung einer geschulten Landfrau standen. Als Initiatorin engagierte sich maßgeblich Hildegard von Rheden, die bereits früh als völkisch-nationalistische Agitatorin aktiv geworden war und in der Zentrale des Reichsnährstandes in Berlin eine Hauptabteilung leitete. Eine kunstgewerbliche Ausrichtung der Handweberei wurde abgelehnt, vielmehr wurde „Bäuerlichkeit“ als Teil der „völkischen“ Ideologie propagiert. Die Frau sollte im Sinne einer komplementären Ergänzung des „soldatischen Mannes“ für ihre künftigen „volksmütterlichen Aufgaben“ gebildet werden. Die „Bäuerlichkeit“ sollte auf der Ebene der Kleidung eine pseudo-egalitäre ländliche Volksgemeinschaft nach außen symbolisieren. Mit der

Gründung dieser Schule in einem Trachtengebiet wie Schaumburg – so die Referentin – holte der Nationalsozialismus die lokalen Kulturpolitiker dort ab, wo sie standen.

Schließlich stellte *Karin Ehrich* (Hannover) die „Höhere Bildung für Mädchen in Schaumburg im 19. und 20. Jahrhundert“ dar. In der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts habe ein staatliches Interesse nur an der Rekrutierung von Beamten (Knabenschulwesen) und an der Alphabetisierung des Volkes (Elementarschulwesen) bestanden. Die höheren Mädchenschulen waren deshalb zu dieser Zeit privat, ehe in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts in den Städten die ersten öffentlichen höheren Mädchenschulen entstanden. Das Bildungsziel lag in der Vermittlung einer geschlechtsspezifischen Allgemeinbildung mit Betonung der sprachlich-ästhetischen Fächer. Mit dem Schulabschluss war keine Berechtigung verbunden. Im Übrigen waren die Schulen sehr unterschiedlich. 1806 wurde die erste Mädchenschule Schaumburgs in Bückeburg gegründet; sie stand zwar unter dem Patronat der Fürstin, wurde jedoch nicht von der Regierung unterhalten. Aus ihr entwickelte sich die „Marienschule“. In Rinteln wurde 1847 eine private Mädchenschule errichtet, die jedoch 1885 aufgelöst werden musste, weil sie den preußischen Leitsätzen von 1873 nicht entsprach und in der 1880 gegründeten zweiten höheren Töchterschule Rintelns eine Konkurrenz bekommen hatte. Die zweite Rintelner Schule wurde 1904 in städtische Verwaltung übernommen. In Stadthagen richtete die reformierte Gemeinde 1894 mit Förderung der Fürstin und des Konsistoriums eine höhere Töchterschule ein. Über weitere kleine Schritte führte die Entwicklung im Verlauf des 20. Jahrhunderts dahin, dass nach Ende des 2. Weltkrieges auch das Ende einer eigenständigen Mädchenbildung in Schaumburg besiegelt war.

Schlaglichter auf die „Musikalische Bildung in Schaumburg-Lippe vom 17. bis 20. Jahrhundert“ gab *Hildegard Tiggemann* (Bückeburg). Als Beispiel für die Musikerziehung in der Familie eines frühneuzeitlichen Landesherrn wurde die kinderreiche Familie des Grafen Philipp zu Schaumburg-Lippe (1601-1681) vorgestellt. Die Kinder erhielten schon früh dreimal in der Woche Unterricht auf dem Clavichord, später auf der Gambe, als Heranwachsende auf der Laute. Auch andere Instrumente wurden unterrichtet und beschafft. Häufig musizierte die Familie miteinander und mit angestellten bzw. angereisten Musikern. Gespielt wurden zeitgenössische Kompositionen. Aber auch in bürgerlichen Kreisen wurde musiziert. Von Pastören über Juristen bis zum Landbaumeister reicht die berufliche Palette der Familien, in denen die Ausübung von Hausmusik nachweisbar ist. Musik auszuüben, scheint im frühen 19. Jahrhundert eine selbstverständliche Freude gewesen zu sein; dafür spricht die Gründung von Chorgemeinschaften. Die musikalische Bildung in den Schulen verstand sich von der Reformation her vor allem als Übung im Chorgesang für die Gottesdienste. Der schulische Chorgesang erhielt kurz vor 1800 Grundlagen für eine bessere Qualität, als Fürstin Juliane (1761-1799) strenge Chorgesetze erließ. Anfang des 20. Jahrhunderts erlebte die Residenz Bückeburg noch einmal einen Höhepunkt mit der Gründung des Fürstlichen Instituts für musikwissenschaftliche Forschung. Statt der geplanten Orchesterschule wurde nach der Abdankung des Fürsten nur eine kleine Musikschule angegliedert. Die Wirren der Jahre nach dem 1. Weltkrieg führten dazu, dass das Institut mitsamt allen Musikalien 1934 nach Berlin verlegt werden musste, ein Verlust, der durch Kriegseinwirkung vollständig wurde.

Über „Schaumburgische Bibliotheken in Früher Neuzeit und Moderne“ berichtete *Hans-Peter Schramm*. Zunächst stellte er die Bibliothek der Lateinschule in Stadthagen vor, von der 24 Drucke aus dem 16. Jahrhundert überkommen sind, ein Bestand, der nach der Aufhebung des Franziskanerklosters durch die Übernahme seiner (Ketten-)Bibliothek und im 17. Jahrhundert durch die Schenkung der Privatbibliothek von Gelehrten um ein Vielfaches wuchs. Die Altbestände der Bibliotheken des Ratsgymnasiums Stadthagen stehen ebenso wie die des Gymnasiums Adolfinum im Staatsarchiv Bückeburg der Forschung zur Verfügung. Die Universität Rinteln hatte zunächst keine Bibliothek. Neben den eigenen Büchern nutzten die Professoren und Studenten auch die berühmte Bibliothek des Ludolf von Münchhausen auf Oldendorf im Umfang von mehreren Tausend Bänden. Nach Münchhausens Tod (1640) ging die Universität an den Aufbau einer eigenen Bibliothek. Bei der Aufhebung der Universität 1810 zählte die Bibliothek etwa 8.000 Bände, eine vergleichsweise kleine Zahl, wovon die meisten in die Universitätsbibliothek Marburg gelangten. Die schaumburg-lippischen Landesherrn, beginnend mit Graf Otto IV., sammelten Bücher, die heute die Hofbibliothek ausmachen. Sein Sohn Ernst war offenbar kein großer Bücherfreund, dafür aber seine Berater Melchior Goldast von Haiminsfeld und Eberhard von Weyhe, die beide eine große Bibliothek ihr Eigen nannten. Die übrigen Landesherrn vermehrten die Buchbestände mit Werken je nach ihrem Geschmack. Auch ganze Bibliotheken wurden integriert, wie die Bibliothek des 1766 verstorbenen Prof. Thomas Abbt oder die Bibliothek der Militärschule auf dem Wilhelmstein nach ihrer Schließung. Bei der Abdankung des letzten regierenden Fürsten zählte die Hofbibliothek etwa 60.000 Bände, danach wurden große Teile verkauft. Heute stehen die übrig gebliebenen ca. 35.000 Bände in der Verwaltung des Staatsarchivs Bückeburg. Im Staatsarchiv befinden sich ferner die historischen Bibliotheken des Kammerherrn Dr. jur. Börries von Münchhausen und seiner Frau Clementine (über 5000 Bände), des Schaumburg-Lippischen Heimatvereins (ca. 6.000 Bände) und des Reifensteiner Verbandes (knapp 1.000 Bände).

„Die Schaumburg-Lippische Landeszeitung und ihr Meinungsbildungsauftrag im 19. Jahrhundert“ lautete das Thema von *Christoph Schotten* (Iserlohn). Die erste regionale Zeitung wurde wohl 1873 vom Drucker Friedrich Welge in Stadthagen gegründet. Erkennbar wird zwischen 1873 und 1885 der Wille, politische Bildung im konservativ-monarchistischen Sinne zu betreiben. Dies spiegelt die Grundeinstellung des Eigentümers wider. Ab 1885 veränderte sich die Zeitung mit der Anstellung eines Redakteurs, der vom Konservativen Verein bezahlt wurde, spürbar. Sie profilierte sich als extrem konservativ. 1889/1890 kaufte der Conservative Verein die nunmehr täglich erscheinende Landeszeitung und verlegte den Sitz von Stadthagen nach Bückeberg. Hauptgegner wurden nun die Sozialdemokraten. Der Hofberichterstattung wurde täglich Platz eingeräumt. Nach Auffassung von Hermann Löns, der 1907-1909 Redakteur war, sollte die Zeitung „eine Fortsetzung der Schule sein, sie soll das Gute und Nützliche fördern und das Schlechte und Unnütze bekämpfen.“ Als sein Nachfolger wurde ein Redakteur gesucht, der auch „als Wahlredner der konservativen Partei geeignet“ sein sollte. Damit war die Grenze zwischen dem Beobachter und dem Objekt der Berichterstattung aufgehoben. In seinem Kündigungsschreiben brachte es im Januar 1920 (!) der Redakteur Otto Salwe auf die Formulierung, dass er zwei Herren zu dienen habe, er beziehe sein Gehalt von Seiner Durchlaucht, dem Fürsten, und sei andererseits als Schriftleiter Vertreter der öffentlichen Meinung. Das Verlagsrecht ging 1933 in den Besitz der nationalsozialistischen „Schaumburg Verlags GmbH“ über. Ein Jahr später sah sich die Fürstliche Hofkammer gezwungen, ihren Anteil zu verkaufen.

Den Abendvortrag, der nach dem Tagungskonzept grundsätzlicher ausgerichtet sein soll, hielt die Historikerin und Leiterin der VHS in Langenhagen *Annette von Stieglitz* zum Thema „Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Volkshochschulen“. In der Einleitung formulierte sie u. a. die These, dass die z. Zt. verstärkt geführte Bildungsdiskussion sich nicht nur um Geld rankt, sondern hochgradig ideologisch besetzt ist und an Stelle der öffentlich nicht geführten Auseinandersetzung über die Wertorientierung und Ziele unserer Gesellschaft (z. B. Gesamtschule, Leitkultur) stattfindet. Sie zitierte einschlägige Passagen aus dem Koalitionsvertrag vom 11.11.2005, z. B. die Stelle, an der die Absicht erklärt wird, mittelfristig die Weiterbildung zur 4. Säule des Bildungssystems zu machen, im Sinne von Arbeitsmarktorientierung und beruflicher Ausbildung. Die Betonung liegt demnach auf der „Ausbildung“, während die VHS einen breiter angelegten Bildungsauftrag erfüllen, der über die Erfüllung einer rein funktionalen Wissensvermittlung hinausgeht und mit den Stichworten „ganzheitliches“ oder „vernetztes“ Denken umschrieben werden kann. Die Referentin skizzierte die Geschichte der Volkshochschulen, die weit ins 19. Jahrhundert zurückreicht, in dessen 2. Hälfte in vielen deutschen Städten Vereine zur populären, wissenschaftlich orientierten Volksbildung entstanden. Am Wege der weiteren Geschichte bis 1918 steht u. a. die Gründung der „Gesellschaft für Volksbildung“ und der „Humboldt-Akademie“ sowie die Diskussion darüber, wie die VHS beschaffen sein sollte, um allen Bevölkerungsgruppen gerecht zu werden. In Art. 148 der Weimarer Verfassung wird das Ziel formuliert, dass die VHS von Reich, Ländern und Gemeinden gefördert werden sollen. Zwischen 1927 und 1933 waren rund 220 Volkshochschulen in 19 Landesverbände im „Reichsverband der Volkshochschulen“ organisiert. Er wurde 1933 ebenso aufgelöst wie die einzelnen VHS. 1945 schloss man an die Volkshochschulidee von Weimar an. Die VHS wurde zur kommunalen Weiterbildungseinrichtung, die politische, berufliche und allgemeine Weiterbildung anbietet. In Niedersachsen wurden die VHS seit Herbst 1945, ein Landesverband 1947 neu gegründet. Die weitere Entwicklung war geprägt von der Suche nach finanzieller Sicherheit einerseits und administrativer und politischer Freiheit andererseits. Am Ende stand als Ergebnis eine Erwachsenenbildung, die als freiwillige Aufgabe der Kommunen in Selbstverwaltung erfolgt und durch das niedersächsische Gesetz zur Förderung der Erwachsenenbildung vom 13.1.1970 (novelliert 1999 und 2005) geregelt wurde. Die Zahl der niedersächsischen VHS ist auf gegenwärtig 68 geschrumpft. Es zeichnen sich u. a. folgende Tendenzen ab: weniger hauptamtliches Personal, weniger Zuschüsse, größere Nachfrage nach Angeboten in Sachgebieten Gesundheitsbildung und Grundbildung. Zum Schluss wandte sich die Referentin dagegen, die Bildungsinvestitionen ausschl. als Kosten zu betrachten. Die Kosten werden vor allem aus Teilnehmergebühren gedeckt, daneben auch aus Mitteln von Kommunen, Bund und EU. Einem Anteil von Landesmitteln in Höhe von einem Euro stehen fünf bis sechs zusätzliche Euro gegenüber. Bei den Bildungsinvestitionen liegt Deutschland weit hinter anderen Ländern zurück – mit sinkender Tendenz, während die Nachfrage nach Weiterbildung kontinuierlich steigt. Zum Schluss ihrer Ausführungen zitierte die Referentin den hannoverschen Sozialwissenschaftler Oskar Negt mit dem Satz: „In der Persönlichkeitsbildung ist Zeitverlust, sind Um- und Abwege keine nutzlosen Kosten, wie etwa in der Autoproduktion ... Der betriebswirtschaftliche Nutzenbegriff fördert am Ende den allseitig verfügbaren Menschen; politisch ist es der leistungsbewusste Mitläufer. Eine demokratische Gesellschaft dagegen lebt von innengeleiteten, urteilsfähigen Menschen, sozialen Lebewesen, die den Eigen-Nutz gleichzeitig in das Gemeinwesen einzubringen vermögen.“ Dafür zu kämpfen, sei der innere Kern der VHS-Arbeit.

Die Tagung wurde gefördert von der Schaumburger Landschaft e. V. Die Erträge der Tagung werden, ergänzt um weitere Beiträge zum Thema, in den „Schaumburger Studien“ (Verlag für Regionalgeschichte, Bielefeld) veröffentlicht.

Hubert Höing (Bückeberg), E-mail: Hubert.Hoeing@nla.niedersachsen.de